LANDKREIS NIENBURG/WESER DER LANDRAT

Fachbereich Soziales



2019/066

26.04.2019

					4
ப	\sim	rı	\sim	^	٠
\Box	$\boldsymbol{\vdash}$	ı		1	ı
_	$\mathbf{\sim}$		$\mathbf{\mathcal{U}}$		

- öffentlich -

Aktionsplan Inklusion

Beschlussvorschlag

Die Planung des weiteren Vorgehens mit dem Ziel, einen <u>Aktionsplan Inklusion</u> für den Landkreis Nienburg zu erstellen, wird zur Kenntnis genommen.

<u>Beratungsfolge</u>

<u>Gremium:</u> <u>Datum:</u>

• Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren 14.05.2019

Sachverhalt

Am 19.09.2017 wurde der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren von der Verwaltung über die Planungen zur Erstellung eines Aktionsplans Inklusion unterrichtet (2017/176). Es wurde beschlossen, dass der Fachbereich Soziales diesen Prozess im Rahmen der vorhandenen Ressourcen im Jahr 2018 vorantreibt, für eine etwaige Unterstützung durch externe Dienstleister wurde der Betrag von 15.000,00 € in den Haushalt 2018 eingestellt.

Anlässlich einer Zwischeninformation des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren am 17.05.2018 wurde der Beschluss gefasst, die Umsetzung unter Einsatz der eingestellten Mittel zunächst zurückzustellen und die Möglichkeit der Durchführung mit dem vorhandenen Personal der Verwaltung zu prüfen.

Auf der Grundlage der bisherigen Erörterungen ist nunmehr geplant, dass die Verwaltung bis Mitte 2019 ein Grundlagenkonzept zur Erstellung eines Kommunalen Aktionsplans Inklusion vorlegt. Unter Auswertung von vorliegenden, veröffentlichten Aktionsplänen strukturell vergleichbarer Kommunen soll das Konzept die möglichen Handlungsfelder beschreiben und eine vorläufige Bestandsaufnahme der der Verwaltung vorliegenden Inhalte skizzieren.

Unter Einbeziehung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren und des Beirates für Menschen mit Behinderung plant die Verwaltung einen Workshop, in dem die Handlungsfelder besprochen und abschließend festgelegt werden. Der Workshop soll auch Ziele der weiteren Arbeit definieren und sich über mögliche interne und externe Teilnehmer der verschiedenen Arbeitsgruppen (=Handlungsfelder) verständigen.

Die Verwaltung koordiniert im Anschluss die Arbeit der Arbeitsgruppen und fasst die Ergebnisse zusammen. Ziel ist es, die Ergebnisse bis zum Herbst 2019 zusammenzuführen und einen Entwurf des Aktionsplans Inklusion vorzulegen, um auf der Grundlage der sich daraus ergebenen Handlungsoptionen etwaige Auswirkungen auf den Haushalt rechtzeitig in die politische Debatte einbringen zu können.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Beschluss hat keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen:

ohne